

Ausland

Russland Angriff aus Moskau

In Moskau hat sich eine Art ukrainische Exilregierung gebildet. Dem „Komitee zur Rettung der Ukraine“ geht es vor allem darum, Stimmung gegen die Regierung in Kiew zu machen, die „durch einen Putsch an die Macht gekommen ist“, so der ukrainische Expremier Mykola Asarow, der die Bewegung anführt. „Europa sollte keinen Cent mehr nach Kiew überweisen.

Die Milliarden werden nur zur Fortsetzung des Krieges in der Ostukraine benutzt und verschwinden in den Taschen korrupter Politiker.“ Dem Kreml kommt die Initiative gelegen. „Falls der Friedensprozess scheitert, wird er den Westen daran erinnern, dass es nicht nur die gegenwärtigen Kiewer Machthaber gibt, sondern auch eine Exilregierung“, sagt der Politologe Alexej Makarkin. Neuer „Gegenpräsident“ soll Wolodymyr Olijnyk sein, ein frü-

herer Abgeordneter und Bürgermeister. Dieser war Mitverfasser des Skandalgesetzes, das den Sicherheitskräften den Gebrauch von Schusswaffen gegen die Maidan-Demonstranten erlaubte. Allerdings ist die Beliebtheit von Olijnyk und Asarow in der Ukraine gering. Zudem ist es ihnen nicht gelungen, die nach Moskau geflohenen Gefolgsleute des früheren Präsidenten Wiktor Janukowitsch geschlossen hinter sich zu sammeln. mas

Griechenland „Varoufakis hat alles gegeben“

Der US-Ökonom **James Galbraith**, 63, war einer der vier, zeitweise auch fünf Berater von Yanis Varoufakis, die in seinem Auftrag einen „Plan B“ für die Rückkehr zur Drachme erarbeiteten. Einige Bürger haben den Exfinanzminister wegen Hochverrats und der Bildung einer kriminellen Vereinigung angezeigt.

SPIEGEL: Wann haben Sie mit den geheimen Planungen für den Grexit begonnen?

Galbraith: Unsere Diskussionen begannen Ende März und dauerten ungefähr bis zur ersten Maiwoche. Unsere Aufgabe war aber nicht, einen Geheimplan zu entwickeln, sondern Probleme zu identifizieren, die drohten, falls die europäischen Partner Griechenland aus dem Euro werfen würden.

SPIEGEL: Gab es einen Punkt, wo das Szenario Realität hätte werden können?

Galbraith: Nein.

SPIEGEL: Warum liefen die Vorbereitungen denn unter größter Geheimhaltung ab?

Galbraith: Die Kenntnis über unsere Arbeit wäre falsch gedeutet worden.

SPIEGEL: Der klandestine Charakter hat zu Gerüchten über einen Putschversuch geführt.

Galbraith: Wir waren weder in politische Diskussionen noch in Entscheidungen der Regierung eingebunden. Nein, es gab nichts dergleichen.

SPIEGEL: Angeblich sollte durch einen Hackerangriff der Zugang zu den Daten der Steuerverwaltung ermöglicht werden. War das Teil Ihrer Diskussionen?

Galbraith: Nein. Aber die Idee, diese Daten auch für den Zahlungsverkehr des griechischen Staates zu nutzen, hat Varoufakis am Tag seines Rücktritts offen angesprochen. Damals hat es keine Aufmerksamkeit erregt. Zudem lag die Idee vollständig in der Kompetenz des Finanzministeriums.

SPIEGEL: War Varoufakis' Mission unmöglich?

Galbraith: Er hat als Finanzminister fünf Monate lang alles gegeben, um einen Kompromiss zu erzielen, der der Wirtschaft Stabilisierung und Erholung nach dem Debakel der letzten fünf Jahre verschafft hätte. Es ist enttäuschend, dass es keine Flexibilität bei den Gläubigern gab.

SPIEGEL: Varoufakis' Gegenspieler war Wolfgang Schäuble. Wie sehen Sie seine Rolle?

Galbraith: Ich respektiere den deutschen Finanzminister sehr. Aber seine politischen Vorgaben und ökonomischen Verpflichtungen sind inkompatibel mit den Bedürfnissen der griechischen Wirtschaft.

Für Europa könnte es sich als Tragödie herausstellen, dass kein Weg gefunden wurde, die Differenzen zu überbrücken.

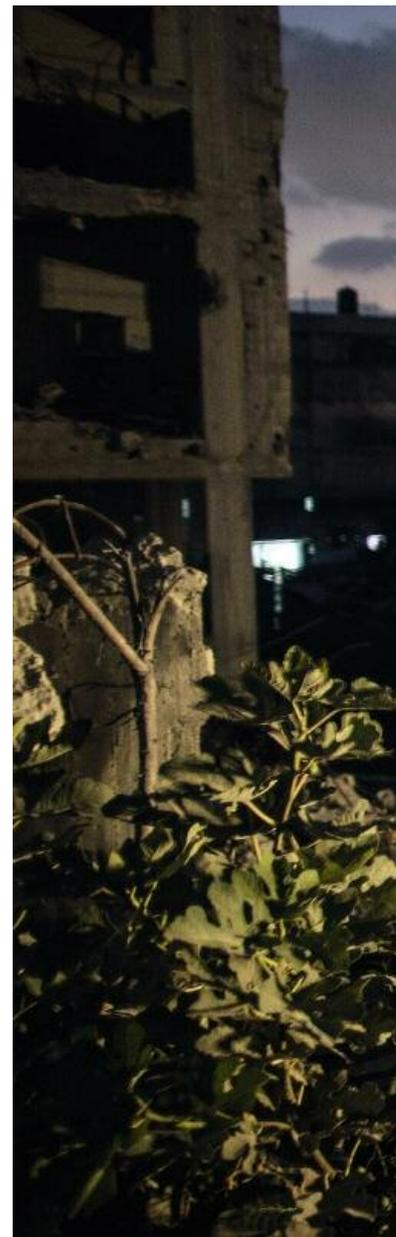
SPIEGEL: Die jüngste Vereinbarung ist also keine gute Lösung für Griechenland und Europa?

Galbraith: Ich glaube, nicht einmal Schäuble findet, dass das eine gute Lösung ist. Es gibt große Differenzen zwischen dem IWF und den europäischen Gläubigern im Hinblick auf einen Schuldenerlass. Deshalb ist die Vereinbarung noch nicht in Kraft getreten – und es ist offen, ob sie das jemals wird.

Interview: Holger Stark



Galbraith, Varoufakis im Februar in Athen



Fußnote

25

Gesetze will die konservative spanische Regierung verabschieden, bevor im Oktober das Parlament aufgelöst wird. Vor der Wahl im Herbst möchte sie ihre absolute Mehrheit in beiden Kammern nutzen, unter anderem, um die Neuregelung des Militärstrafrechts ohne Debatte durchzupeitschen. Alle zwei Werkstage eine Gesetzesinitiative – das wäre Rekordtempo für die Volkspartei.

FOTO: ZUMA PRESS / ACTION PRESS (L.)